

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

22.4.1925 (No. 93)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Erpeditoren:
Karlriedrich
Straß Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3518

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. Koenig
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,60 Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipatorische Beiträge und Kontokorrentbeiträge fallen der Redaktion frei. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Ausschaltung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Absender keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatschluß erfolgen. Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Das Kabinett Painlevé vor der Kammer

Painlevé hat sich gestern mit seinem Kabinett der Kammer vorgestellt und hat nach einer ziemlich erregten Interpellationsdebatte — die Rechte griff vor allem den Finanzminister Caillaux persönlich an — ein Vertrauensvotum erhalten. Die Mehrheit, die ihm dieses Vertrauen aussprach, war recht imposant, und man rechnet damit, daß auch der Senat dem Kabinett zunächst keine Schwierigkeiten machen wird.

Das Regierungsprogramm Painlevés sieht allerdings auch in zwei Punkten wesentlich anders aus, als das Herriots: in der Frage der Aufrechterhaltung einer Wertschätzung beim Vatikan und in der lothringischen Frage ist das neue Kabinett und mit ihm der Linksblock glatt umgefallen. Frankreich wird einen Vertreter beim Vatikan beibehalten. Und die Regierung hofft, daß dann „die für den öffentlichen Kredit Frankreichs schädlichen Debatten“ unterbleiben werden. Die lothringische Frage soll nach den Wünschen der Bewohner des Landes gelöst werden.

Das alles bedeutet ein weites Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der Rechten. Ob dieses Entgegenkommen politisch klug ist, werden erst die Erfahrungen der Zukunft lehren. Painlevé nimmt offenbar an, daß seine entgegenkommende Haltung die nationalistische Rechte eines sehr bequemen Agitationsstoffs berauben wird, und er hofft offenbar, daß auch der Senat nimmere in seiner Mehrheit der Regierungspolitik folgen wird. Wenn sich diese Hoffnungen erfüllen, war die Taktik Painlevés sicherlich die richtige. Denn, da ganz andere Fragen die Politik Frankreichs zurzeit beherrschen, wäre es töricht, die Regierung durch einen innerpolitischen Kampf über Fragen zweiten Ranges von vornherein lahmzulegen.

In jenen beiden wirklich entscheidenden Fragen will Painlevé die Politik seines Vorgängers fortsetzen: er will die Entente mit England aufrechterhalten, die Sicherheit Frankreichs für die Zukunft besichern, für Schiedsgericht und Abrüstung im Sinne des Genfer Protokolls eintreten, den Völkerbund ausbauen, d. h. ihm alle Völker zuführen, die Wiederherstellung Europas vorbereiten und die Finanzen ins Gleichgewicht bringen. Sicherheit, Schiedsgericht und Abrüstung sind dabei die Punkte, die sich eng mit dem Problem der finanziellen Sanierung berühren. Und das hat Painlevé auch ganz offen ausgesprochen, indem er sagte, daß jene drei Punkte auf die Umgestaltung der französischen Armee weitgehenden Einfluß ausüben würden, nämlich im Sinne einer erheblichen Reduzierung des Militäretats.

Was die Sanierung der Finanzen betrifft, so hat sich Painlevé hierzu nur ganz allgemein geäußert, da der Finanzminister Caillaux das Finanzprogramm in seinen Einzelheiten zurzeit noch berät. Die Regierung vertraut darauf, daß ihr Projekt von der gesamten Bevölkerung gebilligt werde. Seine Grundzüge würden sein: strengste Durchführung von Ersparnissen im Etat für 1926 und Deckung aller Ausgaben durch Steuern.

Das klingt alles recht sehr vernünftig. Aber noch ist das neue Steuerprogramm nicht gebilligt, und noch sind die Steuern nicht gezahlt, die Steuern, welche den Etat im Gleichgewicht halten sollen. Steuern hat im übrigen auch die frühere Regierung ausgeschrieben, aber sie sind nicht eingetrieben worden. Der Zustand ist im Augenblick der, daß die ungeheure Steuer-Summe von 5 Milliarden Franken gestundet wird. Wenn man bei dieser Methode bleibt, obwohl die wohlhabenden Schichten Frankreichs ganz gut zahlen können, wird man die Finanzen Frankreichs nie in Ordnung bringen.

Ähnlich ist es mit der schon längst geplanten zehnprozentigen Vermögensabgabe. Seiner Zeit hieß es, daß man diese Vermögensabgabe in der Form einer sogenannten freiwilligen Zwangsanleihe erheben wolle. Man wird abwarten haben, ob Caillaux diese Abgabe in sein Programm mitaufnimmt. Tut er es, so wird er sich wohl auf beständige Opposition gefaßt machen müssen. Wie denn überhaupt die Schwierigkeiten des Kabinetts erst dann beginnen werden, wenn mit der Durchführung des Finanzprogramms Ernst gemacht wird.

Die außenpolitischen Stellen des neuen Regierungsprogramms werden gleichfalls, weil sie sich in allgemein gehaltenen Wendungen bewegen, allgemeinen Beifall finden. Und auch die Nachbarn Frankreichs werden gegen sie zunächst nicht viel einzuwenden haben. Auch hier wird erst die Praxis zeigen, was mit jenen Wendungen

gemeint ist. Die Forderung nach der Sicherheit Frankreichs ist eine Forderung, die sehr viel und sehr wenig enthalten kann. Deutschland wird jedenfalls gut daran tun, sich keinen Illusionen über die Politik Painlevés hinzugeben. Nicht umsonst hat Painlevé daran erinnert, daß er es gewesen sei, der 1917 hoch an die Spitze der Armee gestellt und das militärische Einheitsabkommen der Alliierten geschaffen habe. Ganz zweifellos ist Painlevé um einen Strich militäristischer gesinnt als Herriot. Das braucht auf seine Politik nicht unbedingt abzufolgen, da diese Politik, wenn sie klug sein will, friedliche Gefinnungen und maßvolle Absichten verlangt. Aber wer will sagen, ob Painlevé die Kraft und den ernststen Willen besitzt, eine solche kluge Politik auch wirklich durchzuführen.

Zur Reichspräsidentenwahl

Ein Aufruf an die Jugend

Der Badische Landesverband Deutsch-Demokratischer Jugend veröffentlichen folgenden Aufruf an die Jugend:

Die Präsidentenwahl wird die Entscheidung über das politische Werden des deutschen Volkes bringen. Die Wahl — der Kandidat der Demokratie und Republik, die Hindenburg — der Kandidat der Autokratie und Ständeherrschaft, der Vertreter der alten Monarchie.

Deutsche Jugend, werde dir bewußt, was du von dem kommenden Reichspräsidenten erwartest! Zukunft oder Vergangenheit?

Das Deutsche Reich hat sich in schweren Kämpfen, die neue Grundlage geschaffen: Demokratie und Republik, verankert in der Weimarer Verfassung. Das ist die Form. Unsere Zukunft muß den wahren Inhalt bringen. Ausbau des Reiches nach außen und innen, im Geiste sozialen Willens, im Sinne einer Fortentwicklung zum freien Großdeutschland! Mit unserer ganzen Jugendkraft, mit Geist und Seele wollen wir mitarbeiten. Doch wir brauchen zu diesem Schaffen an der Spitze der Nation einen Führer, zu dem wir vertrauensvoll aufschauen, in dem wir einen Helfer, einen Willkämpfer sehen. Deutschlands neuer Reichspräsident muß fest wurzeln in dem Grund der Demokratie und Republik. Deutschlands neuer Reichspräsident muß in sich Raum haben für die Gedanken der Zukunft. Dann kann er Führer der deutschen Jugend sein, die vorwärts, aufwärts will! Eine neue Zeit fordert Menschen, die in ihr stehen. Nur der Vertreter der Demokratie und Republik, nur der Kandidat des Volksblocks verbürgt uns die Entwicklung zum wahren großdeutschen Volksstaat. Wer Zukunft will, trete ein für Dr. Wilhelm Marx.

Wahlberechtigte Jugend an die Front! Gib deine Entscheidung, rüttele die Mägen auf, kläre den Blick Allen Jungen, die ihr eigenes Wesen verkennen, wenn sie in Vergangenheiten schauen!

Schau! Die Präsidentenwahl werde zum Sieg demokratischen republikanischen Denkens, zum Sieg unseres Zukunftswillens!

Marx in Coblenz

Dienstag Abend hielt in Coblenz Dr. Marx eine Rede, in der er u. a. erklärte, wenn jemals ein Gebiet des deutschen Vaterlandes eine nationale Treue bewiesen habe, so seien es die besetzten Gebiete gewesen. Ihre Bevölkerung habe in den letzten Jahren mehr als jede andere Bevölkerung Deutschlands gezeigt, was nationale Tat sei. Das Rheinland habe für ganz Deutschland und ganz Deutschland für das Rheinland Opfer gebracht. Er hoffe auf die endgültige Freiheit Deutschlands und auf die Überwindung der materiellen Not. Die harten Leiden seien eine Läuterung für Volk und Vaterland geworden. Mehr denn je habe das Volk den Gedanken des Friedens und der Arbeit für den Frieden schätzen gelernt, denn das deutsche Volk wolle den Frieden Deutschlands, Europas und der ganzen Welt. Die Alliierten seien vertraglich verpflichtet, die besetzten Gebiete zu bestimmten Fristen zu räumen. Die Räumung der nördlichen Rheinlandszone sei, ohne daß die Gründe der Nichträumung klar mitgeteilt wurden, verzögert worden. Mit dem deutschen Volke und insbesondere der rheinischen Bevölkerung erwarte er, daß in kürzester Frist nicht nur die nördliche Rheinlandszone, sondern auch das Ruhrgebiet von der Besetzung befreit werde. Der Geist, der das rheinische Volk stets befeelt habe, werde es auch die Geduldprobe siegreich bestehen lassen, bis über den Rheinland wieder die goldene Sonne der Freiheit leuchten werde.

Rundfunk und kommunistische Propaganda

Wie die Berliner „Morgenpost“ mitteilt, hat Reichsinnenminister Schiele die Forderung der kommunistischen Reichstagsfraktion, den Rundfunk auch für den kommunistischen Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl freizugeben, mit der Begründung abgelehnt, daß die Voraussetzung, daß die hinter dem Kandidaten stehenden Parteien oder Gruppen keine gewaltsame Änderung der Verfassung anstreben, bei dem Kandidaten der kommunistischen Partei nicht vorliegt.

Aushebung eines Klubs ausländischer Kommunisten in Berlin. Am Sonntag wurden in Berlin bulgarische Studenten verhaftet, die einem bulgarischen kommunistischen Klub angehören, dessen Mitglieder aber auch andere, radikalen Anschauungen folgende Ausländer u. a. auch Chinesen sind. Es besteht Verdacht, daß der Klub auch mit deutschen Kommunisten enge Verbindung hat.

Die französische Regierungserklärung

Ein Vertrauensvotum für das Kabinett Painlevé

In der französischen Kammer gab am Dienstag unter außerordentlichem Andrang der neue Ministerpräsident Painlevé die Erklärung der Regierung über ihre Politik ab. In der Erklärung heißt es: Die Regierung steht, wie die vorangegangene Regierung, vor zwei ungeheuer schweren Klippen der Verantwortung: Sie muß für die Zukunft die Sicherheit Frankreichs wahren und das finanzielle Gleichgewicht sicherstellen. Hinter diesen beiden Problemen müssen im Augenblick alle anderen, wie wichtig sie auch sein mögen, zurücktreten. Bei den kommenden Verhandlungen wird die Regierung die Fortentwicklung und Ausführung des Dawesplanes, ebenso wie die Regelung der Frage der interalliierten Schulden, die schwer auf unserer Politik und unserem Lande lastet, weiter verfolgen. Frankreich bleibt allen seinen Alliierten treu. Es wird gegenüber allen Nationen gerecht und friedfertig sein. Sicherheit, Schiedsgerichtsbarkeit und Entlohnung, das sind die drei Vorbedingungen, auf denen das Protokoll von Genf sich aufbaut. Wir sind diesen drei Bedingungen ergeben und werden uns bemühen, die Autorität und Organisation des Völkerbundes weiter zu entwickeln, damit alle Staaten ihm beitreten können und so die Wiederherstellung Europas vorzubereiten. Die glückliche Lösung dieser auswärtigen Probleme wird in weitestem Maße zur Milderung und Reformierung unserer militärischen Organisation beitragen. Die ministerielle Erklärung beschäftigte sich alsdann mit der inneren Politik. Die Regierung verpflichtet sich formell, für das Jahr 1925 nur einen Budgetentwurf vorzulegen, in dem alle Staatsaufgaben soweit wie möglich herabgemindert und durch Steuern gedeckt sind. Wir werden der Nation große Opfer auferlegen müssen. Die Regierung wolle, um aus den parlamentarischen Debatten über die Beziehungen der französischen Republik zum Vatikan herauszukommen, einen besonders qualifizierten Vertreter beim Vatikan aufrechterhalten. Was Elsaß und Lothringen betreffe, wolle die Regierung Mißverständnisse zwischen ihnen und der französischen Regierung vermeiden. Die Gesetzgebungsaktivierung könne nur weiter betrieben werden, wenn man den Respekt der erworbenen Rechte im Hinblick auf die allgemeine Verständigung und auf die nationale Einheit sichere. Die Regierung werde ferner vom Senat eine Durchberatung der sozialen Versicherungsgesetze fordern. Die Erklärungen Painlevés wurden von der Opposition häufig mit stürmischen Zurufen unterbrochen. Als Painlevé von der Beibehaltung des Vertreters beim Vatikan sprach, riefen einzelne Mitglieder der Opposition: Rawohl, das ist der Canossa-Gang. Auch die Erwähnung von Elsaß-Lothringen rief bei der Opposition ironischen Beifall hervor. Im Verlauf der Sitzung mußte der Ministerpräsident minutenlang warten, bis er sich wieder Gehör verschaffen konnte.

Als erster Interpellant erklärt der kommunistische Abg. Marcel Cachin, seine Partei erwarte von der neuen Regierung nichts. Der Dawesplan müsse so durchgeführt werden, daß das deutsche Kapital und nicht die deutschen Arbeiter Zahlungen zu leisten haben. Das Genfer Protokoll sei noch viel toter, als der Versailler Vertrag. Alle Nationen bewaffneten sich. Hierauf sprach Abg. Bertrand, der Vorsitzende der nationalen Vereinigung der Frontkämpfer. Er erklärte, die ehemaligen Frontkämpfer hätten mit Entsetzen die Ernennung Caillaux zum Finanzminister erfahren. Caillaux sei verhaftet und vom Staatsgerichtshof unter der Beschuldigung des Einverständnisses mit dem Feinde verurteilt gewesen. Was man Caillaux hauptsächlich zum Vorwurf machen müsse, sei, daß er an dem Sieg Frankreichs gezweifelt habe. — Die nächsten Interpellanten beschäftigten sich gleichfalls mit Caillaux. Als ein Abg. näher auf den Prozeß Caillaux eingieng, erhob sich Painlevé und erklärte, er habe besonders qualifizierte Männer für die Aufgaben ausgesucht, die ihm anvertraut seien. Wie könne die Kammer an Caillaux zweifeln, da er es gewesen sei, der hoch und Betain an die Spitze des französischen Heeres gestellt habe. Caillaux habe nicht an dem Sieg gezweifelt. Während des Krieges, als man gerade die Front stabilisierte, habe Caillaux zu ihm gesagt, Frankreich sei bereit, Frankreich atme wieder.

Im weiteren Verlauf der Sitzung sprach Caillaux. Er werde auf keinen Zwischenruf antworten, sondern lediglich von den Staatsfinanzen sprechen, wie er sie bei der Übernahme des Ministeriums in einem Zustand gefunden habe, von dem man, ohne zu übertreiben, sagen müsse, daß das Durcheinander der Konten, der Mißbrauch der Sonderkonten und der Stand des Schatzkammers deplorable seien, daß man die gegenwärtigen Schwierigkeiten ernst nehmen müsse. Die Absicht der Regierung sei zuerst, keinesfalls die Vorküpfte der Bank von Frankreich an den Staat zu erhöhen. Die Pläne der Regierung könnten kurz dahin zusammengefaßt werden: Er werde das Budget für 1925 so rasch wie möglich verabschieden lassen, indem er sich bemühe, ein im Gleichgewicht befindliches Budget zu erreichen. Er werde dann von der Verwaltung Vorschläge für das Budget von 1926 einfordern, das er im Juni der Kammer vorlegen werde. Er werde in dieses Budget alle Ausgaben und die entsprechenden Steuern aufnehmen. Alsdann werde eine große Sanierungsoperation eintreten, die eine Währungsoperation sein werde. Er könne im Augenblick nicht mehr sagen. Er werde seiner Vergangenheit treu bleiben und mit Wahrung der Mann bleiben, der die Einkommensteuer habe annehmen lassen.

Im Verlauf der Debatte forderte Abg. Fabry die Regierung auf, die Berichte des Marschalls Foch und des Generals Rollet sofort zu veröffentlichen. Die Kölner Zone könne nicht eher geräumt werden, bevor nicht ein neuer Sicherheitspakt geschaffen sei. Der von Deutschland angebotene Sicherheitspakt sei unannehmbar. Er werde sein Vertrauen nur der Re-

Mit der Beilage: Jubiläums-Preisliste der Zigarren- u. Tabakfabrik Gebrüder Blum, Goh (Hhd.).

gierung geben; die eine Gewähr dafür bietet, daß eine Sicherheitspolitik getrieben werde, wie sie für Frankreich unerlässlich sei.

Darauf erklärte Außenminister Briand, die beste Sicherheit für Frankreich sei, stets in einem vollkommenen Einverständnis mit seinen Alliierten zu bleiben. In dem Pakt des Völkerbundes seien wichtige Sicherheitslauseln enthalten; denn wenn Frankreich in der entmilitarisierten Zone angegriffen würde, seien alle Nationen verpflichtet, sich an Frankreichs Seite zu halten. Briand schloß, er werde weiter verhandeln; aber er verpflichte sich nicht, sich in irgend einer Weise zu binden. Deutschland werde versuchen, aus den Verhandlungen weitestgehenden Nutzen zu ziehen. Auf Frankreichs Seite ständen die großen Nationen, was eine Gewähr dafür sei, daß der Weltfriede nicht gestört werde. Im Augenblick habe der Völkerbund die Entwaffnung Deutschlands in den Händen.

Nach der Rede des sozialistischen Abg. Leon Blum, der der Regierung die Mitarbeit und die Unterstützung der sozialistischen Partei versprach, wurde von den Mehrheitsparteien eine Tagesordnung eingebracht, die folgenden Wortlaut hat: Die Kammer ist entschlossen, im Einverständnis mit der Regierung die wirkungsvollste Lösung zu suchen, um die Finanz- und Währungsfrage vollkommen zu sanieren und spricht der Regierung das Vertrauen aus, daß sie die Politik des internationalen Friedens, des sozialen Fortschritts, der Raingesehung und der steuerlichen Gerechtigkeit fortsetzen wird.

Darauf stellte Painlevé die Vertrauensfrage. Die Priorität für diese Tagesordnung gegen einer kommunistischen wurde mit 304 gegen 218 Stimmen erreicht, worauf die Tagesordnung in ihrer Gesamtheit durch Handaufheben angenommen wurde.

Politische Neuigkeiten

Finanzministerkonferenz in Berlin

Dienstag Nachmittag fand im preussischen Finanzministerium zu Berlin eine Konferenz der Finanzminister der Länder statt, um sich mit der Stellung der Länder zu den Finanzvorlagen der Reichsregierung zu beschäftigen. Wie das „Berl. Tageblatt“ mitteilt, einigten sich die Finanzminister dahin, 90 Prozent von der Einkommen- und Körperschaftsteuer und 30 Prozent von der Umsatzsteuer zu verlangen, während die Reichsregierung von der Einkommen- und Körperschaftsteuer nur 75 Prozent, und von der Umsatzsteuer nur 20 Prozent gewähren will. Die Länder stehen auf dem Standpunkt, daß, wenn ihr Anteil an den genannten Steuern nicht über die Höhe der Regierungsvorlage erhöht wird, die Länder und die Gemeinden die Realsteuern härter heranziehen müßten.

Die Konferenz der Minister billigte ferner die Abstimmungsergebnisse der Reichsratsausschüsse, wonach eine allgemeine Hypothekenanforderung um 20 Prozent erfolgen soll und lehnte die Aufwertungsgrundlage der Vorlage der Reichsregierung für eine 10 Prozent Aufaufwertung der existierenden Hypotheken ab.

Zum Tode Höpkes

Das „Berl. Tageblatt“ meldet, daß der Oberstaatsanwalt Linde zum preussischen Justizminister beordert worden sei, um über die Frage der abgelehnten Haftentlassung Dr. Höpkes Bericht zu erstatten. Wie das Blatt wissen will, soll eine Untersuchung seitens des Justizministeriums eingeleitet werden, um festzustellen, ob von den in Frage kommenden Gerichtsstellen im Falle Höpkes irgendwelche Fehler gemacht worden seien. Insbesondere soll die Frage geprüft werden, warum man einen so schwer Kranken bis zuletzt in Haft gehalten habe.

Nach dem vorläufigen Urteil der Ärzte ergab, wie der Antilich-Kreuzische Pressedienst erfährt, die gerichtliche Sektion der Leiche des früheren Reichsjustizministers Höpkes nicht eine bestimmte Todesursache. Die Ärzte haben sich ein abschließendes Urteil über die Todesursache bis nach der chemischen und mikroskopischen Untersuchung der von ihnen entnommenen Leichenteile vorbehalten.

Der Bericht der Regierungskommission des Saargebietes

an das Generalsekretariat des Völkerbundes über die Lage im Saargebiet in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1925 führt u. a. aus, daß das erste Quartal des Jahres zufriedenstellend verlaufen sei. Die Produktion sei nicht geschwächt worden. Die Zahl der Arbeitslosen, welche im Monat Dezember 1924 1700 betrug, sei im Monat März auf eine der niedrigsten bis jetzt verzeichneten Ziffern gefallen (1318). Die Produktion der Kohlenwerke betrage für den Januar

Seuchenwanderungen

Von Dr. Mosbacher

Wenn wir von Seuchen sprechen, dann denken wir häufig zunächst nur an den jeweiligen Erreger, dann an die Stellen im Körper, an denen er sich mit Vorliebe ansiedelt und weiterhin an die Übertragungsmöglichkeiten. Dagegen ist eine Frage in den Hintergrund getreten, die in früherer Zeit eine beherrschende Rolle spielte — nämlich das Problem der Seuchenwanderung, wie wir sie in der letzten Zeit bei der Grippe beobachten konnten. — Besonders gut bekannt ist der Seuchenzug der Cholera, deren Ursprungsland Indien, der sie gelangte 1830 nach Rußland, 1831 nach Deutschland und England und ein Jahr später erreichte sie Belgien, Frankreich und Amerika. Die späteren Seuchenzüge verliefen dann der besseren Verkehrsverhältnisse wesentlich schneller. Jedoch war ein volles Jahr erforderlich, bis von Rußland aus auch Deutschland erreicht wurde. Für die Ausbreitung der Epidemien spielten die Jahreszeiten — heiße und kalte — eine hervorragende Rolle. So zum Beispiel für die Ruhr, die in den ersten kühlen Jahren des Weltkrieges fast völlig fehlte, sich aber in dem heißen Jahre 1917 unter der Zivilbevölkerung ganz erheblich ausbreiten konnte. Die in dem Jahre 1845 in Rußland aufgetretene Antraxepidemie war im gleichen Jahre schon in Königsberg angelangt, im folgenden durch ganz Europa gezogen, 1847 in Nordamerika angekommen; wie die Cholera, so hat auch die Ruhr in den Jagen des vorigen Jahrhunderts ihren Ursprung stets im Osten genommen. Das gleiche gilt für das Typhusfieber, das gewöhnlich als Begleiter von großen Heeren aufzutreten pflegt; seine Verbreitung geht wesentlich langsamer vor sich als die der Cholera. Noch langsamer ging die Pest vorwärts, die 1697 in Polen auftrat und erst 1709 in Königsberg ergriff. — Die Schnelligkeit familiärer genannter Seuchen wird jedoch bei weitem von der der Influenza (Grippe) übertroffen. Im Dezember 1880 erschienen sie in Kasan (Rußland), im Januar 1881 war sie in Petersburg, im Februar in Ostpreußen, im April in Süddeutschland, in Schweden, Dänemark und England, im Juni in den Niederlanden, Frankreich und Italien, im August in Spanien. — Anflut ist bis heute, in welchem Lande die Grippeepidemie von 1918 entstanden ist. — Auch die Pocken wanderten, gewöhnlich von Asien kommend, wenn sie auch bis

1 309 000 Tonnen, für den Februar 1 223 675 Tonnen und für den Monat März 1 349 408 Tonnen. Andererseits ist die Regierungskommission der Ansicht, daß die zwischen Deutschland und Frankreich schwebenden Verhandlungen zum Zwecke des Abschlusses eines Handelsvertrages für das Wirtschaftsleben des Saargebietes von großer Bedeutung sein werden. Die lokale Gendarmerie zählt nun 755 Mann. Das Jägerbataillon, das gegenwärtig noch im Saargebiet stationiert ist, wird dieses bis zum 25. April verlassen. Im ganzen Saargebiet werden dann noch stationiert sein: 1 Infanterieregiment, 1 Bataillon Jäger zu Fuß und 1 Regiment Kavallerie. Im allgemeinen Budget sind an Ausgaben borgezogen: 223 885 540 Franken, an Einnahmen 182 621 147 Franken. Der Eisenbahnverkehr hat infolge der Veränderung des Zollregimes eine gewisse Verminderung erfahren. Die Regierungskommission hat an die Lehrer ein Rundschreiben gerichtet, in welchem sie darauf hinweist, daß die fakultative Einführung des Unterrichts im Französischen in den Volksschulen keine Beeinträchtigung der individuellen Freiheit bedeute und in einer Grenzgegend nur eine gute Wirkung haben könne. Die vollständige Inkraftsetzung des französischen Zollregimes an der saarländisch-deutschen Grenze auf den 10. Januar 1925 war das hervorstechendste Ereignis des Quartals. Die Regierungskommission ist überzeugt, daß der Ausgang der zwischen Deutschland und Frankreich schwebenden Handelsvertragsverhandlungen gestalten werde, die Schwierigkeiten zu überwinden, die aus der Anwendung des neuen Zollregimes auf einem industriellen Gebiete, wie es das Saarland ist, entstehen könnten.

Die Vorgänge in Bulgarien

Wie aus Sofia gemeldet wird, wurde am Dienstag Jankoff, der als das Haupt der kommunistischen Verschwörung in Bulgarien angesehen wird, im Feuergefecht mit Polizisten, die ihn verhaften wollten, erschossen. Regierungstruppen und Bolschewiki haben die kommunistische Bewegung in den Kreisen Schuden und Warna vollständig niedergeschlagen. Ein großer Teil der Revolutionäre hat sich bedingungslos ergeben. Die Regierung Jankoff ist jetzt Herr der Lage in ganz Bulgarien. Bisher sind über 300 Gefangene in den Gefängnissen eingeliefert worden. Verhaftungen werden weiterhin in großer Zahl vorgenommen.

Kurze Nachrichten

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft ist am Dienstag zu einer Sitzung zusammengetreten. Er hat die finanzielle Lage der Gesellschaft einer eingehenden Nachprüfung unterzogen. Insbesondere wurde die Frage erörtert, inwieweit im Hinblick auf die Höhe der persönlichen Ausgaben eine andere Deduktion notwendig ist. Die Hauptverwaltung wurde beauftragt, nach bestimmten Richtlinien Verhandlungen hierüber mit der Reichsregierung zu führen.

Die Arbeitsmarktlage in Württemberg hat im Laufe des April, vor allem durch die rasch zunehmende Belebung der Bautätigkeit und der übrigen Augenarbeiten, eine weitere erhebliche Besserung erfahren. Der Mangel an Facharbeitern in der Metallindustrie und im Baugewerbe ist recht empfindlich. Die Beschäftigung der Industrie im allgemeinen ist durchweg befriedigend, zum Teil sogar sehr gut.

Ein Strafantrag Stresemanns. Ein Berliner Blatt meldet, daß Reichsaussenminister Dr. Stresemann gegen den deutschen Nationalen Major a. D. Prigge, der in einer Versammlung des Reichstages in Saalfeld (Thüringen) Dr. Stresemann einen Landesverräter genannt hatte, Strafantrag gestellt hätte. Die polizeirechtliche „Zeit“ bestätigt diese Nachricht, und fügt hinzu, daß der deutsche Nationale Redner die Aufhebung von Vertretern sämtlicher Parteien und Verbände getan habe, und daß die Vertreter der Deutschen Volkspartei vergebens versucht hätten, Major a. D. Prigge zur Zurücknahme seiner Äußerung zu bewegen.

Die Landtagsausführung in Oldenburg rechtsgültig. Der oldenburgische Staatsgerichtshof fällt am Dienstag im Verfassungskonflikt zwischen der oldenburgischen Regierung und der Mehrheit des Landtages die Entscheidung, daß die Auflösung des Landtages durch die Erklärung der Regierung in der Sitzung vom 26. März 1925 verfassungsrechtlich zulässig war.

An der Feier der legendarischen Gründung der Stadt Rom, der von der Regierung anstelle des 1. Mai zum allgemeinen Ruhetag bestimmt wurde, waren in Rom sämtliche Räden geschlossen. Die angekindigten Feiern sind programmäßig verlaufen. Nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten ist der Ruhetag im ganzen Lande ohne Störung verlaufen.

zur Zeit der Jennerischen Schutzimpfung in vielen Teilen Europas niemals ganz erloschen waren. — Auch Scharlachzüge sind beobachtet worden. In Königsberg begann der Scharlach 1874 und währte bis 1877, in Berlin dauerte er bis 1884, in Hamburg, Erfurt und Mannheim fängt die Epidemie in den Jahren 1879 und 1880 an; Würzburg und München werden 1881 befallen. Die sich wiederholende Durchsehung Schleswig-Holsteins mit Scharlach nimmt ihren Anfang stets in Hamburg-Altona und durchläuft die genannte Provinz im Verlauf von drei Jahren. — Masernepidemien erlöschen wesentlich schneller als Scharlachzüge. Verhüllt ist der Zug der Diphtherie durch die deutschen Städte, der um die Mitte der 40er Jahre des vorigen Jahrhunderts in Königsberg beginnt und bis 1880 ansteigt; gleichzeitig in Berlin und Erfurt; die Epidemie flaut dann ab, um am Ende des Jahrzehnts in neuen Nachschüben wieder zuerst in Königsberg, dann in Berlin und Hamburg, 1863 in Prag sich aufzuladern; langsam wandert die Seuche weiter, 1868 nach Würzburg, späterhin nach Basel.

Warum die Seuchen kommen, weshalb sie sich einmal so, dann wiederum anders ausbreiten müssen, wissen wir noch nicht; die Wissenschaft — die Epidemiologie — arbeitet an der Erforschung der Zusammenhänge.

Zeitschriftenchau

„Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Th. Leipart. 1925. Heft 2. — Das sechste erschienene Heft bringt einen Aufsatz von Otto Albrecht, Landwirtschaftlicher Produktionsrat. Carl Kennede schreibt über Arbeitssolidarität. Dr. Ernst Michel (Frankfurt) über Arbeiterbildung als Aufgabe und Prof. Rob. Wilbrandt über Kommunal- und Staatssozialismus. Das Thema: Deutsche Unternehmungen im Ausland wird von Fritz König behandelt, und weiter finden wir einen Aufsatz von Rolf Rebenkoff, Die faschistischen Gewerkschaften. Die Rundschau der Arbeit ist wieder recht interessant, so daß wohl gesagt werden kann, es möge jeder an seiner Fortbildung arbeitende Gewerkschafter die Zeitschrift als Baustein an seiner Bildung benutzen. Sie ist zu beziehen durch die Post, durch den Buchhandel oder direkt von der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, W. m. B. G., Berlin S. 14.

Das Attentat von Kairo. Wie aus Kairo gemeldet wird, hat der Generalstaatsanwalt die Untersuchung über die Ermordung des Sirbars beendet. Sechs Ägypter, meistens Studenten, werden wegen vorsätzlicher Ermordung des Sirbars und des Versuchs der Ermordung verschiedener anderer Persönlichkeiten angeklagt. Zwei weitere Ägypter werden als Helfershelfer der sechs Hauptangeklagten angeklagt, während einem Ägypter Verschleierung des Tatbestandes vorgeworfen wird. Die Verhandlung gegen sämtliche Angeklagte findet vor dem Schwurgericht am 12. Mai statt.

Badischer Teil

Polizeibeamtentagungen in Karlsruhe

Am 11., 12. und 13. Juni finden die gemeinsamen Tagungen der Verbände der Badischen Staatspolizeibeamten und Badischen Polizeibereitschaften im Bundeshaus „Kaffeehaus“ bezw. in der Städtischen Festhalle in Karlsruhe statt. Zur Erhebung der in großer Zahl aus ganz Deutschland und dem Auslande hier eintreffenden Polizeibeamten und Vertretern von Polizeibehörden, welche die zur gleichen Zeit hier stattfindende Internationale polizeitechnische Ausstellung besuchen und an der in Karlsruhe stattfindenden großen Polizeikonferenz teilnehmen, wird am 12. Juni, abends 8 Uhr, im großen Festhallsaal hier ein Begrüßungsabend veranstaltet. Die Befreiung des kaiserlichen Teils des Programms für diesen Abend haben der in Karlsruhe beliebte Obermusikmeister Oellig mit seiner Musikkapelle, sowie der ebenfalls in Singerkreisen bestens bekannte Chormeister Jassl von hier mit der Gesangsabteilung der hiesigen Einzel-, Kriminal- und Bahnpolizei übernommen. Ebenso haben erste Kräfte des Landestheaters hier als Mitwirkende zugesagt. Ferner werden sportliche Darbietungen von den Sportverbänden der Einzel- und Vereinstatistikpolizei gegeben. Zu dieser Veranstaltung wird eine beschränkte Anzahl von Eintrittskarten zu mäßigen Preisen für die hiesige Einwohnerschaft bereitgehalten. Die Geschäftsleitung beider Verbände gibt zu den Veranstaltungen ein Festbuch heraus, das bei künstlerischer Ausstattung gleichzeitig für die auswärtigen Gäste ein Führer sein soll. — Diese Veranstaltung ist ein Zeichen für das große Interesse das nicht nur die Behörden und die Industrien des In- und Auslandes, sondern auch die Polizeibeamten selbst dem Ausstellungsunternehmen entgegenbringen.

Hydrobiologische Kurse

Die Anstalt für Bodensee-Forschung in Staud bei Konstanz hält vom 3.—19. August ds. J. einen hydrobiologischen Kurs ab, der in die gesamte moderne Hydrobiologie und ihre Untersuchungsmethoden einführen soll. Behandelt werden u. a.: Hydrographie mit Chemie des Süßwassers, das Zooplankton, die Ufer- und Tiefenfauna des Bodensees, das Phytoplankton sowie die Uferflora, die Fische des Bodensees, die Geologie des Bodenseegebietes. Der Kurs umfasst Arbeiten im Laboratorium, Vorlesungen, Exkursionen und praktische Übungen auf dem See. Das Honorar beträgt 30 M. Für badische Lehrer und Studierende wird kein Kursbonorat erhoben. Die Zahl der Teilnehmer muß auf 20 beschränkt werden. Nähere Auskunft erteilt der Direktor der zoologischen Abteilung der Landesamtlungen für Naturkunde in Karlsruhe, Professor Dr. M. Auerbach.

Lehrkurse für Leibesübungen

Im Laufe der Sommermonate d. J. werden an der Landesturnanstalt in Karlsruhe nachstehend bezeichnete Lehrkurse für Leibesübungen abgehalten:

1. Vom 18.—30. Mai ds. J. ein Turnspielturs für Lehrerinnen.
2. Vom 8.—27. Juni ds. J. ein Turnkurs für Lehrerinnen.
3. Vom 15.—20. Juni ds. J. ein Schwimmkurs für Lehrer.
4. Vom 22.—27. Juni ds. J. ein Schwimmkurs für Lehrerinnen.

Die Meldungen für Kurs Nr. 1 müssen spätestens bis 4. Mai ds. J. und die Meldungen für die Kurse Nr. 2—4 spätestens bis 16. Mai ds. J. beim Unterrichtsministerium eingereicht sein.

Errichtung einer dritten Höheren Mädchenschule in Mannheim

Auf Grund des Bürgerausschusseschlusses Mannheim vom 20. Februar 1925 über die Errichtung einer dritten höheren Mädchenschule ist die Umwandlung der höheren Mädchenschulabteilung der Elisabethschule zu Mannheim in eine selbständige Höhere Mädchenschule auf Beginn des Schuljahres 1925/26 vom Minister des Kultus und Unterrichts genehmigt worden.

Der Grenzverkehr mit dem Elbfah

Aber den Grenzverkehr mit dem Elbfah teilt das Bezirksamt Vörrach mit: Über den Durchgangsverkehr an der jenseitigen Dreiländergrenze zwischen Vörrach-Friedlingen-St. Ludwig-Vörrach ist mit Rücksicht auf die zusammenhängende Bejagung der Dreiländergrenze die dadurch bedingten engen Verkehrsbeziehungen und besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen unter den beteiligten Grenzpolizeibehörden vereinbart worden, daß die im badisch-schweizerischen Grenzverkehr gültigen grünen und roten Dauerpässe, ebenso die im schweizerisch-elfassischen, blauen Dauerpässe, ohne weiteres und ohne besondere Gebühren zum Transitverkehr einerseits über die Schiffbrücke-Vörrach-Friedlingen-St. Ludwig-Vörrach, andererseits über die Schiffbrücke-Friedlingen-St. Ludwig-Vörrach (also durch das Elbfah) nach Vörrach, andererseits über die Schiffbrücke-Friedlingen-St. Ludwig-Vörrach (also durch Baden) nach Vörrach berechtigt. Arbeitsaufnahme oder Aufenthalt im Durchgangsland ist dabei nicht gestattet. Zur Einführung eines allgemeinen Grenzverkehrs zwischen Vörrach und dem Elbfah wird erwähnt, daß die Verhandlungen zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich noch im Gange sind, so daß von einer allgemeinen Aufnahme des Grenzverkehrs bis jetzt keine Rede sein kann. Allerdings besteht schon seit langem ein beschränkter Grenzverkehr über die Schiffbrücke bei Friedlingen, jedoch liegt eine förmliche und bindende beiderseitige Abmachung noch nicht vor, so daß jederzeit wieder Änderungen des gegenwärtigen Zustandes eintreten können.

„Scotland Yard“

Von Oberregierungsrat Dr. Carl Karlsruher

„Scotland Yard“ — der Name dürfte auch weitesten Lesern aus der englischen Kriminalromanliteratur bekannt sein. Der Polizeikommando nennt Scotland Yard, das Hauptquartier der englischen Kriminalpolizei, mit besonderer Anerkennung und Achtung. Das doch das Geheimnis und der Ruf der Tätigkeit dieser hervorragenden Kriminalpolizeigewalt auch z. B. die amerikanische Studienkommission, die im Jahre 1924 die Hauptpolizeizentren Europas bereiste, veranlaßt, Scotland Yard ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Wie alle Polizeien in England, Schottland und Wales untersteht auch Scotland Yard dem Home-Office, Englands Ministerium des Innern. Scotland Yard ist staatliche Polizei und umfaßt etwa 500 Beamte; das sind nur etwa 3,6 % des uniformierten Dienstes in London. Diese verhältnismäßig sehr geringe Zahl spricht allein schon für die Qualität der Beamten von Scotland Yard. Diese Kriminalbeamten sind in London zu etwa 1/3 auf die Stadtbezirke verteilt, zu etwa 2/3 in der Zentrale tätig. Bei besonderen Anlässen ist eine Verstärkung des Kriminaldienstes aus dem Straßendienst vorzusehen.

Die Beamten in der Zentrale Scotland Yard sind Spezialisten, die ihre Tätigkeit in der Zentrale hervorragender Nützlichkeit und Eignung verdanken und denen deshalb auch besondere Aufgaben — bei schwierigen Fällen auch im Außendienst — obliegen.

Polizeitechnisch betrachtet bildet den Kern der Zentrale das Büro für Fingerabdrücke. Bei Scotland Yard werden die Fingerabdrücke aller in England, Schottland und Wales festgenommenen Personen gesammelt, auch, was als besonders wichtig angesehen wird, die Fingerabdrücke der Gefängnisinsassen. Die Sammlung zählt gegen 400 000 Fingerabdruckkarten. Die große Kernkraft dieser Sammlung namentlich bei der Verfolgung internationaler Verbrecher wird dadurch erhöht, daß der Leiter des Londoner Erkennungsdienstes, Charles E. Collins, auch ein System der telegraphischen Übermittlung der Fingerabdruckmerkmale erfunden hat, das dem System ähnelt, welches der dänische Polizeipräsident Saton Jørgensen in Kopenhagen erdacht hat und das zur Gründung des Internationalen Fernidentifizierungsbüros in Kopenhagen geführt hat. Polizeipräsident Jørgensen wird übrigens die Gelegenheit der Internationalen Polizeitechnischen Ausstellung in Karlsruhe (Juni 1925) wahrnehmen, um dieses neue Verfahren weitesten polizeitechnisch interessierten Kreisen zugänglich zu machen und die praktische Durchführung der Fernidentifizierung weitere Wege zu öffnen.

Ganz besondere Bedeutung wird in Scotland Yard den Spezialistenarten beigemessen, d. h. der Sammlung von Arbeitsweisen der Verbrecher; denn der Verbrecher, insbesondere der gefährliche reisende Verbrecher, bleibt seiner Arbeitsweise treu, und die Feststellung des Verbrechertyps bedeutet gewissermaßen schon die halbe Verhaftung.

Weitere technische Einrichtungen von Scotland Yard beziehen sich auf die Spurensicherung, insbesondere die Sicherung der Fußspuren, wie der Spuren von Fahrrädern usw., deren Bedeutung in London insbesondere auf den Umstand zurückzuführen ist, daß die Bauweise des englischen Einzelhauses mit weichen Park- und Gartenböden gewöhnlich eine gute Spurensicherung erleichtert.

Den Zwecken der Sammlung bemerkenswerter Verbrechensfälle und der Ausbildung der Beamten in der Verbrechertechne dient auch das große Kriminalmuseum, über das Scotland Yard verfügt.

Nach der Seite der Ausbildung der Beamten von Scotland Yard ist bemerkenswert, daß nur solche Beamte in den Dienst übernommen werden, die mindestens 2 und höchstens 7 Jahre Außendienst (Straßendienst) bereits hinter sich haben. Die Kandidaten besuchen neben ihrem Dienst eine besondere Schule (2 Stunden täglich), wo sie auf allen Tätigkeitsgebieten unterrichtet werden, die sie bei ihrer späteren Verwendung im Dienst von Scotland Yard beherrschen müssen. Besondere Wert wird dabei auf Schulung in der richtigen Aufnahme von Aussagen (Psychologie der Zeugnisaussagen) gelegt, denn von den Beamten von Scotland Yard wird verlangt, daß sie bei ihren Meldungen von jedem Vorurteil und von jeder Vorurteilsgenommenheit sich fernhalten. Mit dieser objektiven Wahrhaftigkeit verbindet sich auch eine gewisse Höflichkeit, die sie menschenlich auch jedem Verbrecher entgegenzubringen haben.

Eine besondere Eigenart von Scotland Yard bildet die sog. „liegende Polizeitruppe“, eine Gruppe von Beamten, die ihren Dienst unauffällig und deshalb in Zivilkleidung versehen, wobei das Anognito dieser Beamten nach Möglichkeit auch ihren Berufscollegen gegenüber gewahrt bleibt.

Wenn sich auch manches von dieser Organisation vielleicht nicht auf alle Verhältnisse übertragen läßt, so zeigt doch der Blick in das Räderwerk von Scotland Yard, daß hier Erfolge erzielt werden nicht mit irgend welchen geheimnisvollen Methoden, sondern auf Grund langjähriger Schulung und besonderer Einrichtungen, so daß das „Geheimnis von Scotland Yard“ als das Produkt von Organisation und Technik bezeichnet werden kann.

Gemeinde-Rundschau

Neue Arbeitsgebiete für das Gas. Im Auftrage der Berliner städtischen Gaswerke A.-G. hat sich Stadtbauamtschef Franz Messinger auf einer Studienfahrt mit der Gasindustrie in England und Amerika eingehend beschäftigt. Er hat dabei, wie er in der „Deutschen Gemeindezeitung“ berichtet, gefunden, daß man im Ausland sich des Gases in industriellen Unternehmungen in weit größerem Umfange bedient als in Deutschland. In jahrelanger gemeinsamer Arbeit haben Gaswerke und Industrie dahin gestrebt, dem Gase neue Anwendungsgebiete zu erschließen. Da wird das Gas z. B. gebraucht zum Mästen von Kakaobohnen, zum Baden von Brot, Kuchen und Reis, zum Plätten und Waschen, zum Desinfizieren, bei der Samenkeimprüfung, zum Glühen, Gärten und Anlagen, zum Emaillieren und Radieren, zum Glas-Schmelzen, zum Feigen von Stempeln und Matrizen, von Leinwand und Leinwand, zum Schweißen, Löten und Schmieden, zum Einäschern von Leichen. Wenn auch der Gaspreis höher ist als der Kohlepreis, so fallen für den amerikanischen Unternehmer doch der Vorteil des schnelleren Anzeigens und die Ersparnis der Schlackenabfuhr und der Lageräume für Kohlen schwerer ins Gewicht. Das Gas ist hier Gemeingut der wärmeverbrauchenden Industrien geworden. Durch feinsinnige Anlagen für die Temperaturregelung erreicht man die größte praktisch mögliche Gasersparnis. Trotz der durch die Niagarafälle gelieferten billigen Elektrizität hat die Stadt Buffalo den Bau eines großen Gaswerkes begonnen. Demgegenüber müht es sich an, wenn man in Deutschland das Gas als etwas Bekaltes anhängt. Zur Vermeidung der Rauch- und Rußgas wäre es dringend zu wünschen, wenn die deutsche Industrie auch mehr vom Kohlenverbrauch zum Gasverbrauch überginge.

Bürgermeisterwahl in Heidelberg. Unmittelbar vor dem 2. Wahlgang der Heidelberger Bürgermeisterwahl ist doch noch eine Einigung der 3 Koalitionsparteien erfolgt. Die Demokraten, das Zentrum und die Sozialdemokraten gaben ihre Stimme geschlossen für Regierungsrat Dr. Amberger in Heidelberg ab, der 53 Stimmen von 103 Stimmberechtigten erhielt und somit zum zweiten Bürgermeister in Heidelberg als Nachfolger von Dr. Drach gewählt ist. Ferner erhielten noch: Dr. Hamm in Freiburg 26 Stimmen von der Deutschen Volkspartei, Oberbaurat Schwab in Heidelberg 4 Stimmen und der Kommunist Wöning 9 unglückliche Stimmen. Die Deutschnationalen haben sich bei der Wahl der Stimmabgabe enthalten.

Der Bürgerausschuß Forstheim hat nach ausgiebiger Aussprache den Antrag der Stadtverwaltung auf Einführung des fremdsprachlichen Unterrichts an der Volksschule mit Beginn des neuen Schuljahres abgelehnt.

Der Bürgerausschuß Freiburg i. Br. nahm die Vorlage betreffend den Bau einer Tuberkulose-Heilstätte an der Freiburger Universitätsklinik an. Die Gesellschaft der Diäter hat 20 000 Dollar in Aussicht gestellt, wenn es dem Direktor der Universitätsklinik gelingen würde, den Restkostenbetrag von anderer Seite beizubringen. Diese Restkosten werden nun durch Stadt und Staat in Höhe von 270 000 M. aufgebracht.

Gasversorgung in Radolfzell. Der Bürgerausschuß Radolfzell beschloß die Erstellung der Fernleitung und des Ortsnetzes der Agvea-Berlin, deren Direktor Schuster anwesend war, nach einstimmigem Beschluß zu übertragen. Nach dem Verträge ist die Stadt berechtigt nach 10 Jahren das Ortsnetz käuflich zu erwerben, und nach 30 Jahren kann die Stadt Radolfzell zusammen mit der Stadt Singen, das Gaswerk, das in Singen gebaut wird, käuflich erwerben. Der Kubikmeter Gas dürfte auf 22 Pfennig zu stehen kommen, während der Industrie für ihren Gasverbrauch ein Satz, der unter 12 Pfennig liegt, eingeräumt wird.

Aus der Landeshauptstadt

Süddeutsche Gärtnervereinsgesellschaft. Am 17 ds. Mts. wurde hier die Süddeutsche Gärtnervereinsgesellschaft e. G. m. b. H. mit dem Sitz in Karlsruhe gegründet zum Zwecke der Überleitung der süddeutschen Gärtner- und Uckerbauzentrale W. G. Neu-Ulm in eine Genossenschaft.

Das 28. Verbandstreffen Baden-Württemberg findet in der Woche vom 4. bis 12. Juli d. J. in Karlsruhe statt.

Sonntagsverkehr mit Kraftfahrzeugen. Auf die Vorstellungen des Verkehrsvereins Karlsruhe hin hat der Landeskommissar für die Kreise Karlsruhe und Baden angeordnet, daß das Verbot des Verkehrs von Kraftfahrzeugen im Bezirk Ettingen mit sofortiger Wirkung außer Kraft gesetzt worden ist, so daß u. a. auch die Albtalstraße nunmehr für den Autoverkehr frei ist. Dagegen ist dem Antrag, dieses Verbot auch für die Straßen Grünwinkel-Bulach-Ettingen und Durlach-Thomashof-Ettingen nicht zurückgegeben worden.

Im hiesigen Bauwesen droht eine Streikbewegung wegen Lohnunterschieden. Die Schlichtungskammer hat unterm 16. April für Facharbeiter eine 15-prog. Lohnerhöhung zugestimmt. Die Arbeitgeber haben den Spruch angenommen, die Arbeitgeberverbände ihn dagegen abgelehnt. In einer am 18. April stattgehabten Versammlung der Bauarbeiter herrschte infolge dessen Streikneigung, doch will man, ehe es darüber zu einer Entscheidung kommt, beim Reichsarbeitsminister die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches beantragen. Ist diese bis zum 30. April nicht erfolgt, so soll nach einer Mitteilung des Deutschen Bauarbeiterbundes am 1. Mai eine Volksversammlung zur Beschlußfassung über event. Kampfhandlungen einberufen werden. Der Spruch der Schlichtungskammer sieht für Facharbeiter eine Erhöhung des Stundenlohnes auf 1,04 M. und für Hilfsarbeiter auf 0,90 M. ab 16. April vor.

Bad. Landestheater. Von Ende dieser Woche an wird der Theaterzettel in der bisherigen Form nicht mehr erscheinen. An seiner Stelle wird ein Programmheft ausgegeben. Dieses enthält den Wochenplan und den Theaterzettel sämtlicher Vorstellungen der Woche für beide Häuser (Landestheater und Konzerthaus) mit allem für die Besucher Wissenswerten. Gegeben werden Aufsätze über Dichter und Komponisten und ihre zur Aufführung gelangenden Werke, Einführungen in diese, bei gegebenem Anlaß Bilder von Komponisten und Dichtern usw. Das Titelblatt des Programmheftes ist von Prof. Schnarenberger entworfen. Der Preis des Heftes ist dem Wert der Eintrittskarten angepaßt und zwar 0,30 M. für 3. und 4. Rang gegenüber dem bisherigen Theaterzettel keine Erhöhung eintritt.

Weiterausichten für Donnerstag: Meist heiter, nur vereinzelte Gewitter, wärmer, leichte nordöstliche Winde.

Kurze Nachrichten aus Baden

Von den badischen Hochschulen. Der Lehrstuhl für mittlere und neuere Geschichte an der Universität Königsberg i. Pr. ist dem a. o. Professor Dr. Wolfgang Windelband in Heidelberg angeboten worden.

W. F. Freiburg, 16. April. In der alten Garnisonstadt Freiburg i. Br. wurde der Verein ehemaliger 76er und seiner zugehörigen Kriegsförderung gegründet. Als Regimentsstag ist der 19. Juli in Aussicht genommen. Mit der Feier ist die Grundsteinlegung zu einem Denkmal geplant.

D. J. Wiesbaden, 21. April. Auf Schloß Langenlitz ist in der vergangenen Nacht Prinz Alfred von Löwenstein Wertheim-Freudenberg im Alter von 70 Jahren gestorben. Er war viele Jahre als Präsident der Badischen Landwirtschaftskammer und Vorsitzender der Pferdezüchtergenossenschaft, sowie als Mitglied der ersten Badischen Kammer tätig. Die Beisetzung erfolgt auf Wunsch des Verstorbenen im Park von Langenlitz.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	Geld	22. April		21. April	
		Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	167,82	168,24	167,56	167,98	
Kopenhagen 100 Kr.	77,55	77,73	77,18	77,36	
Italien 100 L.	17,24	17,28	17,23	17,27	
London 1 Pf.	20,137	20,142	20,095	20,145	
Newyork 1 D.	4,19	4,21	4,19	4,21	
Paris 100 Fr.	22,04	22,10	21,92	21,98	
Schwiz 100 Fr.	81,20	81,40	81,14	81,34	
Wien 100 Schilling	59,075	59,095	59,06	59,08	
Prag 100 Kr.	12,435	12,439	12,43	12,47	

Zuteilung überall 100 Prozent

Verschiedenes

Die Opfer von Bellheim

Von den insgesamt 81 Opfern des Bellheimer Unglücks (80 Reichwehroffiziere und 1 Zivilist) sind bis jetzt 78 geborgen worden.

Ein Opfer seines Berufes

Dem Orthopäden, Geheimen Sanitätsrat Dr. Köhler in Bad Ems mußte infolge seiner langjährigen Tätigkeit im Röntgenlaboratorium der rechte Arm amputiert werden. Geheimrat Köhler, der die Operation gut überstanden hat, behält die Leitung seines Laboratoriums.

Eine neue Bermudafahrt des Ameritageshells

W. W. Leeburg, 22. April. Das Luftschiff „Los Angeles“ hat mit einer Mannschaft von 50 Mann und 8 Tausend Pfund den Flug nach den Bermudainseln angetreten. Die stärkste Besatzung, die das Schiff bisher an Bord hatte, betrug 48 Mann.

Staatsanzeiger

Nr. 38016, Norm. XVII

Abänderung der Kaiserlichen Verordnung, betreffend den Verkehr mit Arzneimitteln, vom 22. Oktober 1901 (Reichsgesetzblatt Seite 380).

An die Bezirksämter.

Es wird auf die Verordnung des Stellvertreters des Reichspräsidenten vom 27. März 1925 über den Verkehr mit Arzneimitteln (Reichsgesetzblatt Teil 1 Seite 40) hingewiesen. Hierdurch ist die Verordnung über den Verkehr mit Arzneimitteln vom 22. Oktober 1901 dahin ergäntzt worden, daß die Zubereitungen und Stoffe, die dem freien Verkehr außerhalb der Apotheken entzogen sind, auch von Krankenkassen, Genossenschaften, Vereinen oder ähnlichen Personengesellschaften an ihre Mitglieder nicht verabfolgt werden dürfen. Karlsruhe, den 20. April 1925. Der Minister des Innern Kemmle

Nr. 38255, Norm. XXXIII Verkehr mit Kraftfahrzeugen

An die Bezirksämter und die Polizeidirektion Baden:

Mit Beginn der besseren Jahreszeit mehrten sich wieder die Klagen über Mißstände im Kraftfahrzeugverkehr. Besonders wird darüber Klage geführt, daß von zahlreichen Fahrern von Motorzweirädern in rücksichtsloser Weise innerhalb geschlossener Ortsteile die zulässigen Höchstgeschwindigkeiten überschritten und die Bestimmungen über die Schließung der Auspuffklappen völlig außer acht gelassen werden. Auch sonstige verkehrspolizeiliche Vorschriften werden vielfach nicht beachtet. Die Bezirksämter und Polizeidirektionen werden daher unter besonderem Hinweis auf die Minderlassse vom 27. Juni 1924 Nr. 55 868 (Staatsanzeiger Nr. 150) und vom 7. Oktober 1924 Nr. 87 315 ermahnt, auf die genannten Mißstände ihr besonderes Augenmerk zu richten und gegen Kraftfahrer, die gegen die gesetzlichen Vorschriften verstoßen, mit aller Schärfe vorzugehen. In gleicher Weise ist darauf zu achten, daß auch Radfahrer und Führer von sonstigen Fuhrwerken die straßenpolizeilichen Bestimmungen innehalten. Karlsruhe, den 20. April 1925. Der Bad. Minister des Innern Kemmle

Nr. 37 173.

Handhabung der Feldpolizei.

Der Erlaß obigen Betreffs vom 23. Januar 1925 Nr. 202 (Staatsanzeiger Nr. 23 vom 28. Januar 1925, Gendarmenverordnungsblatt Nr. 2 Seite 19) findet auf die Lehr- und Hilfskräfte des geodätischen Instituts der Technischen Hochschule Karlsruhe und auf Studierende der Geodätie (Vermessungsstudium) entsprechende Anwendung. Karlsruhe, den 18. April 1925. Der Minister des Innern Kemmle

Bekanntmachung Sammlungen

Dem „Jungbrunnen“ Gemeinnützige Vereinigung im Dienste der Volkserneuerung e. V. Karlsruhe, Sofienstr. 83, wurde auf Grund der Bundesratsverordnung über Wohlfahrtspflege vom 15. Februar 1917 (Reichsgesetzblatt Seite 143) und der badischen Vollzugsverordnung hierzu vom 24. Februar 1917 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 49) in widerruflicher Weise die Erlaubnis erteilt, bis zum 30. Juni 1925 in den Städten Mannheim, Freiburg, Bruchsal, Karlsruhe und Forstheim durch Zeitungsaufträge, Werbeschriften und persönliche Werbung bei Fremden und Sönnern seiner Verbreitungen eine Sammlung zugunsten der Errichtung eines Mädchen-Wander- und Erholungsheimes in Eberfeldung zu veranstalten. Karlsruhe, den 20. April 1925. Der Minister des Innern Kemmle

Dem Karlsruher Rennverein e. V. ist die Erlaubnis zum Betrieb eines Totalisators bei dem am 14. Juni 1925 in Karlsruhe-Klein-Ruppurr stattfindenden Pferderennen erteilt worden. Karlsruhe, den 17. April 1925. Der Minister des Innern J. B. Leers.

Bekanntmachung.

Auf Grund des Landeskirchensteuergesetzes vom 30. Juni 1922 hat die Evang. Landeskirche in ihrer Tagung vom 18. März 1925 beschlossen, daß im Kirchensteuerjahr 1925 von der vereinigten evang.-protestantischen Landeskirche zur Verteilung der allgemeinen kirchlichen Bedürfnisse im Rechnungsjahr 1925 an allgemeiner Kirchensteuer ein Zuschlag von 10 v. H. der maßgebenden Ursteuern erhoben wird. Dieser Beschluß ist durch Staatsministerialentscheidung vom 8. April 1925 faßlich genehmigt worden. Karlsruhe, den 16. April 1925. Der Minister des Kultus und Unterrichts Dr. Sellpach

Ab Freitag, 1. Mai d. J., verkehren die zurzeit nur Sonntags- u. Sonn- u. Feiertags zur Ausführung kommenden Züge 206 Kaufach ab 8.35 nachm., Schillach an 9.01 und 271, Schillach ab 9.22 nachm., Kaufach an 9.47 nachm., an allen Tagen. Die Züge 622, Freiburg ab 8.40 nachm., Breisach an 9.17 und 623, Breisach ab 9.30 nachm., Freiburg an 10.09 nachm., verkehren vom 1. Mai bis 30. Mai an Sonn- und Feiertagen, ab 31. Mai, wie im Fahrplan vorgelesen, täglich.

Geschäftliches

Der heutigen Nummer liegt eine Preisliste der Zigarren- und Tabakfabrik Gebrüder Hum, Gosh (Rheinh.) bei, auf die wir unsere Leser besonders aufmerksam machen.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Ernannt:
Dr. Herbert Engelhard, Rechtsanwalt in Mannheim und a. o. Professor an der Universität Heidelberg, mit Wirkung vom 1. April 1925 zum planmäßigen außerordentlichen Professor für Strafrecht und Prozeßrecht an der Universität Heidelberg, den Dozenten an der Techn. Hochschule Karlsruhe Dr. Nathan Stein zum ordentlichen Honorarprofessor an der Technischen Hochschule Karlsruhe.

Verlesen:
dem Privatdozenten an der Universität Freiburg Dr. Rudolf Schilling die Amtsbezeichnung außerordentlicher Professor für die Dauer seiner Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Universität.

Berufen:
Realschuldirektor Wilhelm Schulze an die Realschule in Eppingen in gleicher Eigenschaft an die Höhere Mädchenschule III in Mannheim, Professor Dr. Wilhelm Gallian an der Elisabethschule in Mannheim in gleicher Eigenschaft an die Lessingschule in Karlsruhe, Zeichenlehrer Franz Hagemüller an die Realschule in Rastatt, in gleicher Eigenschaft an die Realschule in Singen berufen.

Berufen wurde in gleicher Eigenschaft:
Professor Martin Pfleger am Realprogymnasium mit Realschule in Ettlingen an die Lessingschule in Karlsruhe.

Verstorben:
Professor Hugo Weilschäfer am Gymnasium Karlsruhe.

Bücheranzeigen

H. G. Wells: Die Grundlinien der Weltgeschichte. 670 Seiten, auf halbfreiem Papier mit sehr vielen Abbildungen. (Berlin, Verlag für Sozialwissenschaft, Lindenstr. 114.) — Dies Buch vertritt eine vollkommen neue Auffassung der Weltgeschichte, die nicht mehr, wie sonst üblich, Regierungszeiten, Stammbäume und Feldzüge, sondern die Menschheitsentwicklung in den Vordergrund stellt; sie behandelt demnach Zeitalter, Rassen und Nationen und versucht, die verwirrende Menge von Einzelheiten auf allgemeine Gesetze zurückzuführen. Damit wird eine bedeutende Erweiterung des Gesichtskreises erreicht, und je mehr die Läden, die durch das frühere Nebeneinander entstanden, ausgefüllt werden, desto einfacher erscheinen die Antriebe. Das Ziel, das dem berühmten Verfasser vor Augen stand, wird dem Leser dieses Buches in steigendem Maße bewußt: gemeinsamer Friede und gemeinsame Wohlfahrt erfordern eine gemeinsame Auffassung der Ge-

schichte. Der ungeheure Stoff wird auf eine zwar persönliche Weise, aber außerordentlich anschaulich in ein einziges Flußbett geleitet. Der ethische Gewinn dieser Geschichtsauffassung, die sich eins wissen will mit der Menschheit auf dem ganzen Erdenrund, ist nicht hoch genug einzuschätzen. In Deutschland wurde Ernst Troeltsch des Buches erster Übersetzer; er hat sich in der „Historischen Zeitschrift“ sehr warm für diese ganz neuartigen „Grundlinien der Weltgeschichte“ eingesetzt.

Die Diokuren. Jahrbuch für Geisteswissenschaften. Mitarbeiter u. a.: Martin Huber, Croce, Gide, Thomas Mann, Naddbruch, Frey Strich, Dönnies, Bierland, Kuri Kiegl, Herausgegeben von Walter Strich. (Verlag Meyer & Jessen, München.) — Der dritte Band ist ein Sonderband mit dem Titel „Grundlinien des politischen Lebens der Gegenwart“. Die Beiträge stammen von führenden Staatsmännern, Diplomaten und Gelehrten, so von Kiegl, Perrot, Naddbruch, Croce, Braubach, Herz, Kohn (London), Oppenheimer, Kohden. Unser Volk steht vor einer neuen wichtigen politischen Entscheidung. Jeder Einzelne und vor allem der Gebildete prüft die Grundlagen seiner politischen Überzeugung. Da erscheint zur rechten Stunde ein lang vorbereitetes politisch orientiertes Buch, das über die großen Mächte und politischen Parteien an Hand einer Reihe von Aufsätzen führender Persönlichkeiten aus Deutschland, Frankreich, Italien, Rußland u. a. Auskunft gibt. Niemand könnte der Zeitgenossen die Einsicht für das praktische Leben dienlicher zu machen, glücklicher verwirklicht werden, als in diesem dritten Jahrbuch.

Jahrbuch der Charakterologie, herausgegeben von Emil Aike. 1. Jahrgang. 1. Band. (Berlin-Charlottenburg, Pan-Verlag Wolf Heise.) — Dieses Jahrbuch der Charakterologie, das ca. 25 Bogen umfaßt, mit 16 Tafeln und 8 Abbildungen im Text, kommt wie gerufen. Es ist des stärksten Interesses aller Gebildeten sicher. Nicht eine bestimmte, wissenschaftliche Disziplin umgrenzt sein Gebiet, vielmehr die Einheit des großen charakterologischen Problems in der ganzen Welt und dem ganzen Ausmaß seiner Möglichkeiten. Daß sie alle bereits im ersten Bande hervortreten, wäre ein unbilliges Verlangen. Aber es soll keine vernachlässigt werden. Diese systematische Vollständigkeit kann das Jahrbuch nicht durch Besprechungen oder Sammelreferate erreichen, sondern allein durch schöpferische Arbeit. Eine Prüfung des Jahrbuches erbringt den Beweis seiner Notwendigkeit und Nützlichkeit.

Wilhelm von Humboldt, Briefe an eine Freundin (Charlotte Diche). 16. Originalausgabe. Neu bearbeitet mit Einleitung und Anmerkungen von Heinrich Reiser. Mit 9 Abbildungen auf Kupfer und 1 Faksimile. (In Ganzleinen 9 M., F. A. Brockhaus, Leipzig.) — Als ein literarisches Ereignis darf mit Recht die Neuauflage dieses Meisterwerkes der deutschen Literatur bezeichnet werden, die soeben bei Brockhaus in Leipzig erfolgt ist. Professor H. Reiser hat die Ausgabe mit der gleichen Sorgfalt hergestellt, die er früher den Briefen E. M. Arndts und Schleiermachers zuteil werden ließ. Es sind die altbekannten, aber ewig jungen „Briefe an eine Freundin“ von Wilhelm von Humboldt, die in fünfjähriger Auflage erscheinen. Wie man weiß, war dieser Briefwechsel, der wohl

in der deutschen Literatur einzig dastehet, von Charlotte Diche, der Seelenfreundin Humboldts, selbst für die Herausgabe bearbeitet und dabei stellenweise nicht beträchtlich abgeändert worden. Dabei hatten die Briefe viel von ihrer Ursprünglichkeit und Intimität verloren. Die Neuauflage bringt nun erstmalig die ursprüngliche Form.

Seines Werte. Herausgegeben von Ernst Oster. Zweite, kritisch durchgesehene und erläuterte Ausgabe. Kleine Ausgabe, 4 Bände in Leinen gebunden 16 Mark. (Aus der Sammlung „Meyers Klassiker-Ausgaben“.) Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig. — Überall strebt diese neue Ausgabe weit über das Ziel der ersten hinaus, sucht in knappen Einleitungen und in einem umfangreichen Kommentar die großen geistigen Zusammenhänge darzulegen, die Heine mit seiner und vor allem unserer Zeit verbinden, führt kritisch in die kaum noch zu überschende Forschung über diesen Dichter ein und verbindet so die Vorzüge der alten Ausgabe mit dem heute unabwiesbaren Streben, den Leser über die Kenntnis aller wichtigen Einzelheiten hinaus zur synthetischen Durchdringung der im europäischen Geistesleben einzig dastehenden menschlichen und künstlerischen Erscheinung Heines, dieses Dichters der „Idee“, hinzuleiten. Wichtiges Material aus dem bisher unerschöpflichen und nur dem Herausgeber zugänglichen Nachlaß Heines wird hier zum ersten Mal vor uns ausgedehnt, darunter bisher unbekanntes Gedichte und als besonders wertvolle Kunstbeilage eine Wiederabgabe der neuentdeckten Totenmaske Heines. In Deutschland wie im Ausland wird die ungeheure Zahl von Heines Lesern diese wichtige Rezensierung der Sammlung Meyers Klassiker-Ausgaben lebhaft begrüßen.

G. Papini: Lebensgeschichte Christi, ins Deutsche übertragen von Max Schwarz. (Allgemeine Verlagsanstalt München.) Dieses Buch ist im Ausland bereits in vielen Hunderttausenden von Exemplaren verbreitet. Die Ausdeutung des Lebens Christi, die Ausdeutung seiner Lehre wird in ihm vollendet gegeben, gesehen von einem tiefgläubigen Menschen, der das ganze Wissen unserer Zeit beherrscht. Die vielen Tausende, die den Glauben suchen und erleben, finden hier inneren Halt und Befreiung, finden ein Erleben, das zu dem Schönsten gehört, was dem Menschen beschieden sein kann. Der es schrieb, hat etwas von Dichter, und Philosophen, ist aber mehr als beide, ein Befreier. Der Glaube des vertauenden Kindes ist in dem Buch und der Glaube des Überwinders an seinen Sieg.

Königin Luise, Briefe und Aufzeichnungen. Herausgegeben und erläutert von Karl Griewant. Mit 3 Bildertafeln und 1 Schriftprobe. In Liebhaber-Leinenband 4.80 Mark, in Halb-leinen gebunden 8.50 Mark. (Aus der Sammlung „Memoiren und Briefe“.) Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig. — Diese Briefe und Aufzeichnungen geben zusammen mit der feinsinnigen Einleitung des Herausgebers ein abgerundetes und historisch beleuchtetes Gesamtbild ihrer Persönlichkeit, und dies um so mehr, als die meisten der hier zusammengestellten Briefe bisher unerschöpflich waren. Zahlreiche Erläuterungen und ein ausführliches Register erleichtern die Benutzung des geschmackvoll ausgestatteten Briefbandes.

Versuchen Sie unsere neue Schokolade:

ما نفع بستانهك مسونف بالكر سف سورج

Mignon Mandel-Sultanin

EXTRAFEINE MANDEL-SULTANINEN-SCHOKOLADE (HERB)

Was kennzeichnet die Mignon Mandel Sultanin?

Ein nochrottes Etikett mit türkischen Schriftzeichen und der Markenbezeichnung „Mignon-Mandel-Sultanin“ in Goldprägung.

Zwei unter südlicher Sonne gereifte Früchte: die milde Mandel und die säuerlich süße Sultanin im Verein mit herber Edel-Schokolade.

Zu haben in den Fachgeschäften — Preis: 65 Pfg.

MIGNON-SCHOKOLADEN-WERKE DAVID SOHNE A.-G., HALLE A. S.

Die Ausdehnung der Schlachthofordnung auf die Stadtteile Veierheim, Daglanden, Grünwinkel, Rintheim und Rappurr betr.

Auf Grund des § 1 Abs. 3 der ortspolizeilichen Verordnung obigen Betreffs vom 11. April 1925 wird hiermit bestimmt:

Den Einwohnern der Stadtteile Veierheim, Daglanden, Grünwinkel, Rintheim und Rappurr wird bis auf weiteres gestattet, Hauschlachtungen (§ 2 des Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetzes vom 3. Juni 1900) von Kalbern, Riegen, Zickeln und Schweinen vorzunehmen.

Jede Hauschlachtung ist vor Vornahme der Schlachtung dem zuständigen Gemeindefekretariat anzumelden. Von dem Gemeindefekretariat wird dem Anmeldenden ein Erlaubnischein ausgestellt, welcher drei Tage Gültigkeit hat. Für die Ausstellung des Erlaubnischeines ist eine Gebühr zu entrichten, welche für die Schlachtung eines Schweines oder Kalbes 3 M., einer Riege 1 M. und eines Zickels 30 Pfg. beträgt.

Die vereinnahmten Beträge sowie ein Verzeichnis über die ausgestellten Erlaubnischeine sind am Ende jeder Woche von den Gemeindefekretariaten dem Stadtschlacht- und Viehhofamt zu übersenden.

Karlsruhe, den 20. April 1925. D. 3. 50

Badisches Bezirksamt. — Polizeidirektion B.

Soeben erschienen

Richtlinien für Erziehung und Verjüngung der Hochwaldungen in Baden

Herausgegeben von der Forst-Abteilung des badischen Ministeriums der Finanzen

Preis M. 1.50

Eine wichtige Zeitschrift für unsere Forstwirtschaft!

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt vom

Verlag Baden A. G. für Verlag und Druckerei, Karlsruhe

Transportdreirad

stabil, mit abschließbar. Kasten neu bereit, für nur 100 M. zu verkaufen. Südbad. Familien-Anstalt, Kreuzstr. 22 Baden. C. 296

Badisches Landestheater

Donnerstag, 23. April 1925
D 21. 24. Gen. 4501-4800

Fant I. Teil

Tragödie von Goethe
In Szene gef. v. J. Baumbach
Prolog im Himmel

Raphael	Kloebke
Gabriel	Kreuzinger
Michael	Dahlen
Der Herr	"
Rephitophel	Hübner

Der Tragödie I. Teil in 5 Akten

Fant	Büchner
Rephitophel	Hübner
Der Erdgeist	Baumbach
Wagner	Gennef
Ein Schüler	Groß
Frosch	Müller
Brandt	Kloebke
Siebel	Höder
Altmeyer	Prütter
Margarete	Murhammer
Valentin	Nürnberg
Frau Moritz	Noorman
Hedden	Clement
Weser Geist	Frauentorfer

Anfang 1/7 Ende 1/11
Preise: Sperrst. 1. Abt. 4.80

Rheinische Hypothekbank Mannheim.

Nach Eintragung der Umstellungsbeschlüsse der Generalversammlung vom 15. Januar ds. Jrs. fordern wir unsere Aktionäre auf bis zum 31. Juli ds. Jrs. einschließlich ihre Aktienmängel bei den nachstehenden Stellen zur Umstempelung während der üblichen Geschäftsstunden einzureichen:

in Mannheim an unsere Kasse, bei der Rheinischen Creditbank und deren Abteilung: Süddeutsche Bank, in Frankfurt a. M. bei der Frankfurter Hypothekbank, in Berlin bei der Deutschen Bank, in Stuttgart bei der Württembergischen Vereinsbank, Filiale der Deutschen Bank, in München bei der Bayerischen Hypothek- und Wechselbank.

Mit der Vorlage der Aktienmängel ist zugleich ein nach der Nummernfolge geordnetes doppeltes Verzeichnis einzureichen. Formulare hierzu sind bei oben genannten Stellen erhältlich. Gewinnanteilscheinebogen sind nicht mit vorzulegen. An unserer Kasse vorgelegte Stücke werden kostenlos umgestempelt.

Das Umstellungsverhältnis ist 10 zu 1. Es werden sonach umgestempelt: Die Stücke von M. 600.— auf M. 60.—, von M. 1200.— auf M. 120.— und von M. 2400.— auf M. 240.—. Wenn die abgestempelten Mängel nicht sofort zurückgegeben werden können, erhält der Einreicher eine Quittung, gegen deren Rückgabe die Mängel später ausgefolgt werden. Die Ausgabestelle ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, die Legitimation der Einreicher der Quittungen zu prüfen. Nach dem 31. Juli ds. Jrs. kann die Umstempelung nur noch bei uns vorgenommen werden.

Mannheim, im April 1925.

Rheinische Hypothekbank.



BAUBUND-MÖBEL

HERVORRAGEND IN FORM & GÜTE

kaufen Sie am besten beim

BAD. BAUBUND

G. M. B. H.

KARLSRUHE

Karl-Friedrich-Strasse 22
am Rondellplatz

TAGL. GEÖFFNET
VON 8 1/2-12 1/2 UND 2-6 1/2 UHR

Detektiv Institut

u. Privat-Auskunft

Argus "Mannheim"

O. 6. 6.
Planken 8. 47
Fernspr. 3305

A. Maler & Co., G. m. b. H.

Mandolinen v. 12 M. an,
Gitarren v. 20 M. an,
Lauten v. 30 M. an,
Zithern i. Art. v. 25 M. an,
Violinen m. Vg. v. 25 M. an.

Tragbänder, Taschen,
Saiten liefert gut u. billig

Oskar Mülthaler,
Karlsruhe i. Baden
Pultzeistraße 14. [70]

Im Neuanfertigen und Umarbeiten von C. 174

Steppdecken u. Daunendecken empfiehlt

Paula Schneider
Adlenstr. 5 Karlsruhe

Möbel

kaufen Sie in bester Qualität zu billigen Preisen im

Möbelhaus Ernst Gooß

Kreuzstr. 26. Lagerbefichtigung ohne Kaufzwang. C. 99